

Die Schäuble-Doktrin von der "orientierten Freiheit"

Als schallende Ohrfeige muss die FDP-Verhandlungsdelegation in der Arbeitsgruppe für Innere Sicherheit, Justiz und Informationsfreiheit den Kommentar des noch (und zukünftigen?!) Innenministers Schäuble in der Sonntagsausgabe des TAGESSPIEGEL empfinden¹.

Besetzt er mit einer schon fast als "Schäuble-Doktrin" zu bezeichnenden Einführung und Definition des Terminus "*orientierte Freiheit*" ein Kernthema liberalen Selbstverständnisses. Und setzt damit ein deutliches Zeichen dafür, wer in Sachen Innere Sicherheit und Informationsfreiheit nach dem ebenso zügigen wie einvernehmlichen Abschluss der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen in dieser Arbeitsgruppe die Richtlinienkompetenz erworben hat.

Als bemerkenswert mobil erwies sich auf der Online-Seite des TAGESSPIEGEL vom Sonntag, 18.10, ein Kommentar von Wolfgang Schäuble unter dem Titel "*Gemeinsam Freiheit wagen*". Am frühen Morgen noch an prominenter Stelle auf der Hauptseite platziert, war der Artikel wenige Stunden später nur noch durch direkten Zugriff über die Rubrik "Meinung" zu finden - und auch nur von dem, der über die Existenz wusste. Nicht überraschend, wie ich meine, wenn man sich Aufbau, Argumentationsführung Aussagen und die erkennbare Strategie ansieht - und in Summe reichlich starker Tobak. Eine systematische Analyse wäre dem Machwerk durchaus angemessen. Hier seien einige besondere "Highlights" der Schäuble'schen Rhetorik herausgehoben und beleuchtet:

Globalisierung, will Schäuble glauben machen, ist die Ursache (sic!) einer zunehmenden Auflösung von Bindungen des einzelnen. Das Internet und die "*weltweite Verfügbarkeit von Information*" machen uns alle zu Bürgern des Global Village und sorgen so für die Meinungsbildung (sic!) des Internet-Nutzers, während der Gebrauch von Zeitungen dem zum Opfer fällt. Umgekehrt wird, wie ich meine, eher ein Schuh draus. Zunehmend mehr Bürger setzen auf das Internet wegen der relativ freien Verfügbarkeit von Informationen (sic!) dort und verzichten auf Zeitungen, die zunehmend zur Meinungsmache durch Politik, Großkonzerne und die Bertelsmann Stiftung zweckentfremdet werden.

In der *Auflösung sozialer Bindungen* sieht er Gefahren, für die Mitarbeit in Stadtteilgruppen, Gewerkschaften, Parteien, dem Roten Kreuz u.ä. Und identifiziert eine "*zunehmende Politikverdrossenheit und den mangelnden Willen (!) zur demokratischen Teilhabe*". Dass sich soziale und familiäre Bindungen lösen, weil die Arzthelferin aus Frankfurt/Oder nach Abschluss ihrer Lehrzeit nur eine Anstellung in Frankfurt/Main findet, kann nicht unbedingt der "Globalisierung" angelastet werden. Und die beklagte Politikverdrossenheit ist vor allem verursacht durch das Verhalten von Regierung und Politik. Wie Umfragen belegen, empfindet die Mehrheit der Bürger die Verhältnisse in diesem Land nicht mehr als demokratisch und auch nicht als sozial oder gerecht. Was nachvollziehbar ist, wenn rund 100 Milliarden Euro locker gemacht werden können, um eine einzelne marode Bank (bzw. deren Gläubiger) zu retten, aber kein Geld da ist, um allen Kindern und Jugendlichen eine adäquate Erziehung und Schulbildung zu ermöglichen und immer mehr Kinder auf Schulspeisungen angewiesen sind, um wenigstens einmal am Tag etwas Vernünftiges zu essen zu bekommen. Wo für mehr und mehr Menschen in diesem Land nicht mehr die Chance besteht auf eigene Arbeit, die eine finanziell selbstständige Lebensführung ermöglicht, ist es reichlich zynisch davon zu sprechen, dass "*nur vorankommt, wer etwas leistet*". Oder zu schwadronieren darüber, dass Freiheit dort "*wächst und sich bewährt, wo Probleme eigenverantwortlich bewältigt*" werden. Reine Polemik auch die Behauptung über den angeblichen "*grundlegenden Denkfehler linken Denkens*", nämlich "*zu glauben, dass Menschen erst dann in der Lage [seien], ihre Freiheit verantwortungsvoll zu nutzen, wenn der Staat zuvor ihre Probleme beseitigt*" habe.

Zur Hochform läuft Schäuble dann auf mit seiner Definition von "*orientierter Freiheit*", die damit beginne, dass "*ein gewisses Maß an Ordnung und Regeln einzuhalten*" sei. Es folgt als Beispiel

¹ (<http://www.tagesspiegel.de/meinung/kommentare/art141,2926307>
"Gemeinsam Freiheit wagen")

die Forderung, *"jeden Morgen aufzustehen"* und *"Verabredungen einzuhalten"*: Zum einen wird hier, wie an diversen anderen Stellen im Text Diffamierung betrieben gegenüber der zugegeben ungut großen Anzahl von Menschen in diesem Lande, deren Lebensführung außer Norm und Kontrolle geraten ist. Offensichtlich soll solchen Menschen das Recht auf Freiheit beschränkt werden und wird mit durchsichtiger Zielsetzung darauf spekuliert, dass die Mehrheit der "Ordentlichen" in diesem Lande dem Ruf nach Law und Order zustimmt.

Wenn aber Herr Schäuble so deutlich reklamiert, ein *"gewisses Maß an Ordnung und Regeln einzuhalten"*, und ausführt, das *"hier das Vertrauen in andere"* [entsteht], ein *"Sinn für Verlässlichkeit und Gegenseitigkeit"* und die Grundlage dafür, dass sich *"Wertorientierungen voll entfalten"* hat er, den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn auch vermutlich unbeabsichtigt und nicht in dem Sinne, den er meinte. Es sollten dann nämlich ein adäquater Anspruch an *"Maß an Ordnung"* und die *"Einhaltung von Regeln"* auch für Politik und Regierung gelten.

Was wir in der jüngeren Vergangenheit jedoch erleben, ist politics above the law: Parlamentarische Kontrolle und Transparenz, z.B. über die Verwendung von 480 Milliarden Euro aus Steuermitteln, ist ausgehebelt, ein Triumvirat nicht gewählter Repräsentanten unter der Führung des Finanzstaatssekretärs Asmussen entscheidet über die Vergabe, hält jedoch als angebliche "Betriebsgeheimnisse" im Verborgenen, wer die Nutznießer sind. Das Bundesverfassungsgericht muss das Kanzleramt ermahnen, was gegenüber einem parlamentarischen Kontrollgremium herauszugeben und zu beantworten ist. Wie es generell immer wieder der Korrektur durch das Bundesverfassungsgericht bedarf, um der Regierung vor Augen zu führen, was im Grundgesetz steht. Gerade Herr Schäuble tut sich seit Jahren hervor mit Forderungen, wie dem bewussten Abschuss von Verkehrsflugzeugen im Entführungsfall oder dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die im eklatanten Widerspruch zum erklärten Willen der Macher des Grundgesetzes stehen. Ein Bundesfinanzministerium erlässt die Anweisung, dass Entscheidungen des Bundesfinanzhofs von allgemeiner Bedeutung nur im Einzelfall anzuwenden seien. Bankmanager, wie Nonnenmacher von der HSH Nordbank erhalten Sonderzahlungen in Höhe von 5 Mio Euro für erwiesene Miserabel-Leistung, möglicherweise sogar strafrechtlich greifbare Untreue, während zur gleichen Zeit ein Arbeitsgericht entscheidet, dass einer Altenpflegerin nach langjähriger Betriebszugehörigkeit zu Recht gekündigt wurde, nachdem sie übrig gebliebene Maultaschen für den eigenen Verzehr "entwendete". Es ließe sich die Aufzählung solcher Beispiele beliebig lang fortsetzen. Sie sind es, die die Menschen in Deutschland daran zweifeln lassen, ob "Ordnung und Regeln" hier tatsächlich noch in gleichem Maße und für alle gelten.

Geradezu grotesk wird die Argumentation von Schäuble, wenn er herleitet, dass *"die furchtbaren Taten von Winnenden, Solln oder Ansbach"* die Folge davon seien, dass der Mensch *"orientierungslos Freiheit nicht ausfüllen kann"*. Ein Zuviel an Freiheit war sicher nicht die Ursache dieser Taten. Und nur am Rande sei angemerkt, dass mit der Zunahme von gewalttätiger werdenden Übergriffe (hier auf Solln bezogen) oder Amokläufen an Schule, begangen durch Jugendliche, die keine Zukunftsperspektive sehen, der massive Abbau von "Polizei auf der Straße" einhergeht (zugegeben: Ländersache!), sowie die fortlaufende Kürzung von Mitteln für Sozial-Bildungs- und Kulturarbeit für Familien, Kinder- und Jugendliche. In den jüngsten Koalitionsverhandlungen hat die Union durchgesetzt, dass die Höchststrafe für jugendliche Gewalttäter von 10 auf 15 Jahren erhöht wird, obwohl alle Fachleute betonen, dass nicht die Androhung höherer Strafen von solchen Straftaten abhält, sondern allenfalls bessere Betreuung, Bildung und die Perspektive auf ein selbst bestimmtes Leben. Die aber würde Geld kosten - viel Geld, das im Steuersäckel dank HRE, HSH, West LB & Co nicht mehr zur Verfügung steht ...

Wer angesichts dieser Tatsachen und Expertenmeinungen argumentiert wie Schäuble, muss sich fragen lassen, ob er bewusst in Kauf nimmt, dass das Sicherheitsempfinden der Mehrheit in diesem Land durch solche Straftaten erschüttert wird, weil (sic!) dann mit mehr Zustimmung zur eigenen Law-and-Order-Politik gerechnet werden kann.

Im Kern steckt hinter der Schäuble'schen Doktrin von der "orientierten Freiheit" der massiv vorgetragene Anspruch nach weiterer staatlicher Reglementierung des individuellen Verfügungsraumes. Neu daran ist, dass nicht länger der informationsorientierte Internet-Nutzer und kritische Bürger im Mittelpunkt steht, sondern immer wieder unterschwellig Bezug genommen wird auf den Angehörigen des Prekariats, eine neue Zielgruppe also aus Sicht des Herrn Schäuble. Hat er doch mit seinen bisherigen Aktivitäten - in Teilen bereits eingeleitet von

seinem im Geiste verwandten Amtsvorgänger Schily - weitgehend Erfolg zu verbuchen bei der systematischen Einschränkung von Bürger- und Grundrechten. Deren Ausfluss es ist,

- die Bevölkerung (elektronisch) zu registrieren (neues Meldewesen) und
- den einzelnen zu identifizieren (E-Pass, E-Personalausweis, Gesundheitskarte),
- beizutragen zur globalen Überwachung der Reisetätigkeit (Visa-Datei, Übermittlung von Passagierdaten),
- die Kommunikation (Vorratsdatenspeicherung, DE-Mail) zu registrieren und
- Finanztransaktionen (Geldwäschegesetz) des einzelnen zu überwachen,
- nationale und internationale Datenbanken der Sicherheitsbehörden (Anti-Terror-Datei, Gemeinsame Dateien) - ohne jegliche demokratische Kontrolle - miteinander zu verschmelzen (Europol, Datenaustausch mit den USA) bzw. Informationen daraus zu übermitteln,
- sowie die nationalen Sicherheitsbehörden jeglicher effektiver demokratischer Kontrolle zu entziehen (beachte - nur beispielhaft - die jüngsten Diskussionen um die parlamentarische Kontrolle der Geheimdienste)

Schäuble erhielt vor zwei Tagen von der Bürgerrechtsorganisation FoeBuD² zum wiederholten Male den Big Brother Award: Diesmal für sein Lebenswerk, den "*Umbau unseres Rechtsstaates in einen präventiv-autoritären Staat*". Das sollte wissen, wer sich beschäftigt mit dem Aufruf von Herrn Schäuble zum "*gemeinsam Freiheit wagen*".

² <http://www.foebud.org/>